



## «Die Schockstarre sollte vorbei sein»

Werner Scherrer, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes, ist zufrieden mit der Bundeshilfe. Im Gespräch mit André Müller fordert er eine Lösung für Härtefälle bei den Mieten und eine Lockerung der Corona-Massnahmen, wo es gesundheitspolitisch möglich ist



Werner Scherrer sieht noch Lücken im Auffangnetz für KMU.

KARIN HOFER / NZZ

*Herr Scherrer, Sie sind selbst Messerschmied und führen ein Geschäft in Bülach. Was hat die Corona-Krise damit angestellt?*

Bei mir im Schaufenster steht ein Hinweis, dass wir auf Geheiss des Bundesrats bis mindestens am 19. April Ferien machen. Das machen wir auch, teilweise. Verschiedene Firmen und Restaurants haben die Pause genutzt und ihre Messer zum Schleifen vorbeigebracht. Ich bin in der Werkstatt vielleicht zu 40 Prozent ausgelastet; die Werkstatt macht aber nur einen Anteil von 15 bis 20 Prozent an meinem Geschäft aus. Der Einbruch ist also deutlich. Auch wir haben daher Kurzarbeit beantragt.

*Sie bringen gern das Bonmot, den Elefanten esse man Bissen für Bissen. Wie weit sind Sie als Unternehmer mit Ihrem Elefanten, wie weit ist die Schweiz?*

Im Geschäft sind wir derzeit immer telefonisch erreichbar und suchen einen Weg, wie wir Aufträge virenfrei abwickeln können. Letztlich machte ich eine Beratung über Facetime, da jemand ein schönes Messer für ein Geburtstagsgeschenk suchte; und den Geburtstag können Sie nun einmal nicht verschieben. Aber natürlich ist das stark reduziert, die Leute haben im Moment andere Probleme, als Messer für ihre Küche zu kaufen.

*Und wie sieht es beim Gewerbe generell aus?*

Wir haben bereits drei, vier grosse Stücke des Elefanten gut gekaut und geschluckt: Das sind konkret die Erwerbsausfallentschädigungen für Selbständige, zusätzliche Möglichkeiten für Kurzarbeit sowie die Liquiditätssicherung für Unternehmer mit Notkrediten und Zahlungsaufschüben der Behörden. Ein grosser Teil der KMU ist so abgedeckt. Doch es gibt viele Firmen, die indirekt betroffen sind und keine Hilfe erhalten. Meine Grafikerin musste ihr Geschäft nicht auf Geheiss der Behörden

# Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 96'109  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 13  
Fläche: 116'009 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1074705  
Themen-Nr.: 283.003

Referenz: 76865822  
Ausschnitt Seite: 2/3

schliessen, aber sie erhält keine Aufträge, um Werbungen oder Plakate zu gestalten. Ähnlich betroffen sind Industriebeschereien, Zahntechniker oder Gastrozulieferer. Auch für diese Unternehmer müssen wir eine Lösung finden.

*Kommen die vom Bund garantierten Notkredite wie versprochen in 30 Minuten bei den KMU an?*

Da bin ich von unserem Staat positiv überrascht. Das funktioniert, ich erhalte sehr positive Rückmeldungen.

*Sie warnten zunächst davor, dass die Banken zu viel Zins verlangen und die Kreditanträge zu aufwendig prüfen könnten. Der Bundesrat ist Ihnen in diesen Fragen nun aber stark entgegengekommen. Sind Sie zufrieden?*

Ja, da bin ich sehr zufrieden. Um meine Bedenken einzuordnen: In den letzten Jahren hörten wir immer wieder von KMU, die bei der Aufnahme von Krediten Schwierigkeiten hatten. Diese Bedenken waren in diesem Fall überflüssig, ich richte ein Kompliment an die Banken und die Verwaltung: Sie haben ihren Job sehr situationsgerecht und gut gemacht.

*Wo sind denn die grössten Löcher im Auffangnetz, das Bund und Kanton gespannt haben? Die Unternehmer kritisieren, sie erhielten mit 3300 Franken zu wenig.*

Das Problem für uns ist nicht primär die Höhe der Entschädigung, sondern die fehlende Gleichbehandlung. Es braucht hier eine einheitliche Lösung. Was für Selbständige gilt, soll auch für Inhaber einer AG oder einer GmbH gelten, beides sind KMU. Bei der Höhe der Hilfen kam es zu Differenzen, weil der Bund ein Sicherungsnetz nach dem anderen aufgespannt hat. Diese Differenzen muss man bereinigen, die Entschädigung muss unabhängig von der Rechtsform ausgestaltet sein. Wenn man keinen Umsatz mehr machen kann, aber Miete zahlen und für die Familie sorgen muss, kommt man mit 3000 Franken nicht weit.

*Ein offener Punkt bleiben auch die Mietbedingungen für Läden. Die Gastro- und die Kreativbranche haben, teils mit harschen Worten, einen Erlass der Miete gefordert. Die Zürcher City-Ver-*

*einigung riet, präventiv Klage auf Mangel einzureichen. Wie sollten Ihre Mitglieder vorgehen?*

Man muss das im ersten Schritt pragmatisch angehen: Jede Situation ist anders. Wenn Sie als Geschäft seit 20 Jahren in einem guten Mietverhältnis stehen, können Sie sicher mit Ihrem Vermieter eine gute Lösung finden. Auf der anderen Seite stehen auch nicht nur grosse Immobilienfirmen, das darf man nicht vergessen. Ich wünsche mir, dass die Vermieter einen Teil des Ausfalls auf Kulanzbasis mittragen werden. Die Situation ist aber schwierig, deshalb hat der Bundesrat auch eine Task-Force zu diesen Fragen eingerichtet, in der die Verbände beider Seiten am Tisch sitzen. Wir haben keine Bösen im Umzug; es ist eine Situation, die wir alle so nicht bestellt haben. Doch die Mietproblematik trifft uns unverschuldet, und ich erwarte daher von der Task-Force eine Lösung für unsere Härtefälle.

*Die neuen Notdarlehen sind zinsfrei und haben eine lange Amortisationsfrist. Doch viele KMU haben nicht nur ein Liquiditätsproblem, sondern einen realen Erwerbsausfall. Wie stark werden die neuen Schulden das Zürcher Gewerbe in den nächsten Jahren noch belasten?*

Das kann ich Ihnen heute noch nicht genau beantworten. Ich sehe es so: Wenn ich keinen Franken Liquidität mehr hätte und Rechnungen und Löhne zahlen muss, kann ich entweder sofort aufhören, oder ich nehme die Liquidität. Ich würde die zweite Variante wählen. Und wenn ich die Krise überstanden habe, muss ich mir etwas einfallen lassen, um wieder vorwärtszukommen.

*Einige setzen auch auf ihre Familie oder einen Erbvorbezug, um den Konkurs zu verhindern. Ist das sinnvoll?*

Dieser Weg ist im Moment sicher nicht der richtige, er zeigt aber deutlich auf, wie gross die Unsicherheit bei vielen KMU ist. Anstatt auf eine Erbschaft zurückzugreifen, würde ich die Liquiditätshilfe in Anspruch nehmen. Wir haben derzeit eine Garantie für Ausfälle im Bereich von 20 Milliarden Franken. Und der Bundesrat hat bereits beantragt, diesen Betrag

auf 40 Milliarden Franken aufzustocken.

*Reichen denn Liquiditätshilfen für KMU, die unter einem massiven Erwerbsausfall leiden, oder braucht es Afonds-perdu-Beträge?*

Nun, im besten Fall geben sich alle eine ungeheure Mühe und können ihren Kredit zurückzahlen. Dann kostet es den Staat nichts, und ich sähe gewissen Spielraum für gezielte Hilfen. Doch erst wenn das ganze Ausmass der Katastrophe absehbar ist, wird man auch erkennen, wo die Härtefälle sind, für welche die Kredite nicht ausreichen. Dass wir nicht ins gleiche Leben wie vor Corona zurückkommen, ist klar. Aber das Ziel ist, dass es nachher auch für unsere KMU lebenswert bleibt.

*Wie kann man eine Konkurswelle im Sommer und Herbst verhindern? Dann müssen die Geschäfte neue und gestundete Rechnungen auf einmal zahlen.*

Das ist eine sehr berechtigte Überlegung, aber so weit sind wir noch nicht. Im aktuellen Krisenbewältigungsmodus geht es nicht spektakulär voran, sondern Schritt für Schritt. Wir hatten ja eine UBS, die «too big to fail» war. Jetzt haben wir KMU, die «too many to fail» sind. Man muss das auf der gleichen Stufe angehen. Die KMU sind ein engmaschiges Geflecht, das Rückgrat der Nation, wir brauchen sie. Es fällt uns nicht leicht, nach dem Staat zu rufen. Aber jetzt brauchen wir Hilfe, damit wir nachher wieder das Rückgrat sein können. Grundsätzlich ändert sich volkswirtschaftlich nichts. Wir haben kein strukturelles Problem, das Problem heisst Corona.

*Die Rolle der öffentlichen Hand in der Wirtschaft ist in den letzten Wochen stark gewachsen; fast ein Fünftel aller Mitarbeiter im Kanton stehen in Kurzarbeit, Zehntausende nutzen die Notkredite. Viele gesunde Unternehmen hängen jetzt am Tropf des Staates. Bereitet Ihnen das Bauchschmerzen?*

Ja, das macht mir Sorgen. Doch was ist die Alternative? Wir könnten die Krise sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich ohne Massnahmen «durchseuchen». Die einen überstehen es, die anderen eben nicht. Wir haben in der Schweiz entschieden, dass wir mit dem Coronavirus



anders umgehen: Das gilt für die Gesundheit und den Lockdown, aber es gilt auch für die KMU. Wir haben uns für die richtige Lösung entschieden, damit das Gesundheitssystem nicht kollabiert. Jetzt hat der Staat auch dafür zu sorgen, dass die KMU die Krise überstehen können.

*Es gibt schon sehr viele Anträge auf Kurzarbeit.*

Die Anmeldungen zur Kurzarbeit waren die erste Reaktion, die unsere KMU machen konnten. In einer sehr unsicheren Zeit war das auch bereits ein Hoffnungsschimmer. Ein Unternehmer hat mir gesagt, dass er es sich nie verzeihen könnte, wenn er jetzt nicht alles unternehmen würde, um Schaden von seiner Firma und seinen Mitarbeitenden abzuwenden. Erschwerend war wohl auch, dass man noch nicht genau wusste, wer diese Unterstützung erhalten würde und dass sie gemäss den Anmeldeformularen nicht rückwirkend ausbezahlt würde. Diese Punkte sind nun geklärt, von den 27 000 Anträgen wird sicher ein rechter Teil auch durch andere Massnahmen abgedeckt werden. Aber trotzdem wird es ein Vielfaches der 3000 Anträge sein, die

wir in der Finanzkrise verzeichneten. *Wie kommt man denn wieder von der Staatshilfe los?*

Ich gehe nicht davon aus, dass sich das Gewerbe in der Hilfe bequem einrichtet. Der KMU ist ein stolzer Unternehmer und froh, wenn ihm niemand dreinredet. Die aktuelle Staatsabhängigkeit tut weh und entspricht nicht unserem Unternehmerdenken, das ist sonnenklar. Aber im Moment will ich nicht untergehen, daher nehme ich den Rettungsring.

*Wie können sich die Firmen untereinander helfen?*

Da geht mein Appell an Private und an die Unternehmen: Bezahlt Rechnungen von KMU umgehend, kauft bei regionalen KMU ein, auch wenn ihr online ein-

«Wir hatten ja eine UBS, die too big to fail war. Jetzt haben wir KMU, die too many to fail sind.»

kauft. Wenn die Leute ihre Rechnungen nicht mehr zahlen, reissen sie andere mit, das wäre ein Fehler. Wir sehen überall sinnvolle Initiativen: In Glarus

gibt es neu eine Börse, um Lernende auszutauschen zwischen jenen Firmen mit und jenen ohne Arbeit. Das könnte auch für Zürich ein Thema werden. Viele Gewerbevereine haben jetzt auf ihrer Homepage Angaben, welche Läden noch geöffnet sind. Die Kommunikation gegen aussen, für die Kunden, ist jetzt wichtig. Wir können nicht still in der Ecke sitzen, sondern müssen kreativ werden. Die Schockstarre der letzten zwei Wochen sollte für Unternehmer nun vorbei sein.

*Was gilt es jetzt schon für die Zeit nach dem Lockdown vorzukehren?*

Wir haben im Umgang mit dem Virus viel gelernt. Wir müssen daher intensiv prüfen, in welchen Situationen am 19. April eine Lockerung möglich und gesundheitspolitisch vertretbar sein wird. Lassen sich beispielsweise nebst dem Grundbedarf auch Blumen, Pflanzen und Setzlinge verkaufen? Können gewisse kleine Läden wieder öffnen, wenn Kunden und Personal weiterhin die Massnahmen des Social Distancing anwenden? Die Gesundheit hat Vorrang, doch für die Wirtschaft ist es wichtig, dass der Lockdown nicht länger als nötig andauert.

## Lehrstellensuche wird Herausforderung

fsi. · Die Corona-Krise macht jenen Jugendlichen zu schaffen, die noch auf der Suche nach einer Lehrstelle sind. Zwar werden erfahrungsgemäss mehr als ein Drittel der Lehrverträge zwischen März und Juli abgeschlossen. Die neue Bildungsstatistik des Kantons Zürich weist per Ende März aber bereits 7878 abgeschlossene Lehrverträge aus. Das sind 450 mehr als zum selben Zeitpunkt 2019 und so viele wie nie seit der Einführung der Bildungsstatistik in dieser Form im Jahr 2013.

Die Anzahl der Lehrstellensuchenden ist statistisch nicht erfasst. Gemäss

dem von der Bildungsdirektion geführten Webportal Lena sind im Kanton Zürich gegenwärtig noch 3642 Lehrstellen offen. Eine Meldepflicht für die Betriebe besteht allerdings nicht; deshalb gibt es noch weitere Lehrstellen, wie Niklaus Schatzmann, Leiter des Mittelschul- und Berufsbildungsamts bei der Zürcher Bildungsdirektion, auf Anfrage erklärt. In welchen Branchen sich die Corona-Krise auswirke, lasse sich derzeit noch nicht sagen. Man führe keine dynamischen Zahlenreihen, und die Auswertung erfolge jeweils Ende Juli.

Fest steht laut Schatzmann aber, dass

beim Beruf Coiffeuse/Coiffeur derzeit keine Lehrverträge mehr eingehen. Und bei den Berufen Fachmann/Fachfrau Betreuung und Fachmann/Fachfrau Gesundheit sei der Eingang von Verträgen rückläufig. In Betrieben mit Corona-bedingt erhöhtem Arbeitsvolumen geniesse die Rekrutierung nicht erste Priorität. Klar ist, dass die Berufsbildungsämter ebenso alarmiert sind wie der Bund, der Arbeitgeber- und der Gewerbeverband sowie die Gewerkschaften. Sie appellieren an die Lehrbetriebe, auch 2020 Lehrstellen im gewohnten Umfang anzubieten. Die Corona-Krise dürfe nicht zur Schwächung der Berufsbildung führen.